

der deutschen Gesellschaft. Gleichwohl soll mit Hilfe der Blockpolitik der Versuch unternommen werden, im Rahmen eines künftigen Parteiensystems den anderen politischen Strömungen den programmatischen Willen der KPD aufzuzwingen, um die Ostorientierung Deutschlands nach dem Sturz Hitlers durchzusetzen.- Ich danke Ihnen. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, lieber Herr Professor Manfred Wilke. Das ist ein doppelter Dank. Einmal ist es Dir gelungen, Dich im Zeitrahmen zu halten.

Zweitens danke ich dafür, daß es ihm gelungen ist, eben nicht nur heutige Erkenntnisse zu bündeln; vielmehr hat er uns tatsächlich Neues vermittelt, was ausgesprochen interessant war.

Ich möchte nun den zweiten Referenten aufrufen. Bei ihm geht es um „Die Wandlung der SED und ihre Rolle im Parteiensystem“. Bitte, lieber Herr Professor Weber.

Prof. Dr. Hermann Weber: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Manfred Wilke hat eben gezeigt, daß die deutschen Kommunisten im sowjetischen Exil im wesentlichen an ihren alten Vorstellungen festhielten. Das heißt, daß auch nach dem Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie, welches die KPD bei ihrem Gründungsaufwurf abgab, in ihren Vorstellungen die stalinistischen Grundauffassungen – man kann es fast so sagen – natürlich weiter verwurzelt blieben.

Ein Indiz dafür ist in meinen Augen die Gründung der SED. Dafür spricht auch die Taktik, welche die Kommunisten dann in der SED verfolgten. Mit Hilfe der allmächtigen Sowjetischen Militäradministration setzte die KPD in der Ostzone die Zwangsvereinigung mit den Sozialdemokraten durch. Das heißt, die gegen die „Einheit“ opponierenden Sozialdemokraten konnten – abgesehen von West-Berlin – ihre Positionen nirgendwo vorstellen. „Einheitsgegner“ wurden verfolgt. Allerdings machten die Kommunisten andererseits den Sozialdemokraten Zugeständnisse, um sie in diese Einheitspartei zu bringen.

Deshalb präsentierte sich die SED bei ihrer Gründung noch ohne die typischen Wesensmerkmale einer kommunistischen Partei. Weder in der Ideologie noch in der Programmatik gab es Festlegungen auf den Leninismus und das sowjetische Modell. In der Organisation galt die „paritätische“ Besetzung aller Funktionen durch Vertreter beider Parteien. Die Hegemonie im Parteiensystem wurde offiziell noch nicht verkündet. Dies alles ist dann 1948/49 verändert worden. In der praktischen Politik der SED bestimmten freilich die Kommunisten schon vorher.

Als es der Sowjetunion genehm war, nach dem Ausbruch des kalten Krieges 1947/48 einen Umformungsprozeß in Osteuropa durchzusetzen, die Rücksicht auf die westlichen Alliierten fallenzulassen und den von ihr besetzten Ländern eine Stalinisierung aufzuzwingen – ich erinnere an den kommunistischen

Putsch in Prag und an die Kominform-Gründung –, war das auch für die SED ein Signal, sich in eine „Partei neuen Typus“, wie es offiziell hieß, umzuwandeln. Dies ist insbesondere nach dem Bruch zwischen Stalin und Tito geschehen.

Der Stalinisierungsprozeß oder der Prozeß, der hin zur „Partei neuen Typus“ führte, ist in der westlichen Forschung vielfach thematisiert worden. Zu fragen bleibt, inwieweit jetzt neu zugängliche Quellen Veränderungen in bezug auf das bisherige Bild bringen. Dabei geht es um Sachverhalte, bei denen man sagen muß: Hier sind neue Einschätzungen nötig.

Ich möchte versuchen, diese Frage zu beantworten, indem ich das Thema anhand von vier Teilbereichen angehe. Erstens: Ideologie und Programmatik. Zweitens: Parteistruktur. Drittens: Funktionsbesetzungen, welche eng mit den Säuberungen verbunden sind. Viertens geht es um die damit angestrebte führende Rolle der SED im Parteiensystem.

Erstens – Ideologie und Programmatik: Ideologische Leitsätze mußten stets nach außen vermittelt werden, um die eigenen Funktionäre damit zu indoktrinieren. Dieser Bruch war 1948/49 am deutlichsten sichtbar. Der II. Parteitag der SED im September 1947 hat in seinen Entschlüssen noch einmal ausdrücklich bestätigt, daß die Gründungsdokumente weiterhin gelten. Das heißt, daß man sich zum Marxismus, aber nicht zum Leninismus bekennt, daß man einen „deutschen Weg“ zum Sozialismus proklamiert und die „demokratische Republik“ als Ausgangsposition nimmt.

Doch Wilhelm Pieck resümierte in seinem Schlußwort bereits unmißverständlich: „Die Diskussion war beherrscht von dem Gedanken und dem Willen zur Einheit der Arbeiterbewegung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus.“ Hier auf diesem Parteitag wird also erstmals der Begriff „Marxismus-Leninismus“ eingeführt. Ulbricht schließlich hat auf diesem Parteitag erklärt, „daß wir auf dem Wege sind, eine Partei neuen Typus zu werden.“ Er verlangte deswegen, die Genossen müßten „von der Lehre des Marxismus-Leninismus überzeugt sein.“

Auf der einen Seite gab es offiziell in den Deklarationen immer noch ein Festhalten an den Vereinigungsbedingungen. Aber auf der anderen Seite gab es hier bereits im Jahre 1947 den Übergang zu neuen Thesen. Ulbricht hat dies übrigens in einem Artikel im November 1947 noch deutlicher gemacht, indem er davon sprach, daß nun die Partei nach den Theorien von Marx, Engels, Lenin und Stalin umgebaut werden müsse. Mit anderen Worten: Die offizielle Linie wurde zwar erst 1948/49 geändert. Man kann aus den vorliegenden Dokumenten feststellen, daß dieser Prozeß innerhalb der Partei schon früher stattfand.

Hinzu kam, daß die Ideologie zunehmend auf die Thesen Stalins zurückgeführt wurde. In diesem Zusammenhang nenne ich ein Zitat aus dem Jahre 1948:

„Aus Stalins Leben und Werk schöpfen wir Wissen, Zuversicht, neue Kraft im Kampf.“ Das zeigt, daß auch der Personenkult schon früh vorhanden war.

Die programmatischen Weichen wurden ebenfalls 1948 neu gestellt. Anton Ackermann mußte seinem besonderen Weg zum deutschen Sozialismus abschwören. Der Marxismus-Leninismus wurde zur verbindlichen Ideologie der Partei neuen Typus erklärt. Durch intensive Schulung sollte eben nicht nur die Theorie des Marxismus-Leninismus allgemein, sondern auch eine parteiamtliche Stalin-Biographie verbreitet werden, um die Mitgliedschaft zu indoktrinieren.

Die zugänglichen Quellen zeigen allerdings, daß auch in dieser Hinsicht sehr viel früher angesetzt wurde. Im Januar 1947 hatte z. B. die 8. Tagung des Parteivorstands der SED feierlich des Todestages Lenins gedacht. Es war ein „unrunder“, nämlich der 43. Todestag. Es wurde betont, daß Stalin Lenins Werk fortführe. Dies geschah, obwohl nach außen keineswegs diese Linie vertreten wurde.

Ähnliches gilt für die strategischen und taktischen Zielsetzungen. Die Wende vom „deutschen Weg“ zum sowjetischen Modell erfolgte früher. Es war so, daß die Sowjetunion natürlich nicht nur in den Augen der deutschen Kommunisten das Modell sein mußte, sondern die SED versuchte bereits vorher, dies im Rahmen der Schulung darzulegen. Schon im November 1946 ist das Stalinsche Machwerk „Geschichte der KPdSU (B)- Kurzer Lehrgang“ mit Lob überschüttet worden. Stalin wurde als „unser Klassiker“ bezeichnet. Chruschtschow war es, der diese „Geschichte der KPdSU“ dann 1956 als „Machwerk“ bezeichnete.

In einem geheimen Memorandum für die SED-Spitze hatte Tjulpanov, einer der wichtigsten SMAD-Offiziere, schon Anfang Mai 1948 – also vor Beginn der offiziellen Umwandlung zur Partei neuen Typus – davon gesprochen, daß sich die Partei „an der Grenze zweier Welten“ befinde, dort, wo die Welt des Kapitalismus und die Welt des Sozialismus sich treffen. Daraus wurde nun gefolgert, daß es eine besondere Verantwortung der SED gab.

Das heißt, das, was 1944 – Manfred Wilke hat das ja aufgezeigt – Konzeption war, wird hier wieder innerhalb der Partei aufgenommen und verbreitet. Im Kern ging es dabei um die Nachahmung der KPdSU durch die SED und um die uneingeschränkte und kritiklose Unterwerfung unter Stalin.

In einer PV-Sitzung vom Januar 1949 wurde folgendes erklärt:

„... daß der Sinn des Begriffs 'Partei neuen Typus' der ist, eine Partei nach dem Vorbild der bolschewistischen Partei der Sowjetunion zu schaffen. Dabei sind wir uns klar, daß die Kommunistische Partei der Sowjetunion der Entwicklung aller anderen Arbeiter- und kommunistischen Parteien weit voraus ist, die führende Rolle gegenüber diesen Parteien heute spielt und auch in Zukunft spielen wird.“

Das war also eine uneingeschränkte Akzeptanz dessen, was die KPdSU bereits vor dieser Veränderung war.

Als die SED erstmals auf ihrem III. Parteitag 1950 Louis Fürnbergs Lied mit dem Refrain „Die Partei, die Partei hat immer recht“ verbreitete, unterstrich sie damit ihren Totalitätsanspruch. Der kommunistische Charakter der SED wurde nicht mehr vertuscht. Doch erst 1952 wurde offen vom „Aufbau des Sozialismus“ gesprochen, also die in Gang befindliche Übertragung des sowjetischen Modells auf die DDR bestätigt.

Zusammenfassend könnte man also sagen: Sowohl in der Ideologie als auch in der Programmatik zeigen die neuen Dokumente eine viel früher einsetzende Umformung der Partei, was ihre Ideologie und ihre Strategie angeht.

Zweitens – die Parteistruktur: Dies wird noch deutlicher, wenn man sich die Parteistruktur anschaut. Mit der „Partei neuen Typus“ fing man eben nicht erst mit der offiziellen Verkündung 1948 an. Auch wenn der Terminus „demokratischer Zentralismus“, der ja zeigen sollte, daß die innerparteiliche Struktur zentralistisch zu sein hatte, umgangen wurde, kann man davon ausgehen, daß er schon wenige Monate nach der Gründung Geltung erlangt hatte.

Schon wenige Monate nach der SED-Gründung hatte Franz Dahlem im September 1946 über die Kaderpolitik der SED geschrieben und Stalins Grundthese „Die Kader entscheiden alles“ zitiert. Sie wurde als richtungweisend angesehen.

Durch die Ausschaltung von Richtungskämpfen bei einem starken Zentralismus mit großem Einfluß des hauptamtlichen Apparates war bereits vor der Wandlung in der Struktur der SED das stalinistische Element wirksam. Auch wenn formal die völlige Angleichung an den Aufbau der KPdSU erst mit dem SED-Parteistatut von 1950 erfolgte, zeigen gerade die neueren Dokumente, daß man davon ausgehen kann, daß dieser Prozeß bereits vor 1948 abgeschlossen war, auch wenn die Parität zunächst blieb.

Die 1. Parteikonferenz im Januar 1949 stellte die SED als eine kommunistische Partei stalinistischen Typus vor. Die Parität war abgeschafft. Der „demokratische Zentralismus“, also die strikte Unterordnung aller Organe unter die jeweils übergeordnete Führung, trat in Kraft. Es galten die verbindlichen Organisations- und Leitungsprinzipien der Kommunisten.

Als eine Art innerparteilicher Polizei hatten Partei-Kontrollkommissionen das Ganze zu überwachen. Eine Agenten-Hetze – es wurde vom „Ostbüro der SPD“ oder von „Trotzkisten“ gesprochen – sollte Angst in dieser Partei selbst erzeugen. Es wurde die Struktur der KPdSU kopiert. Denken Sie an das Politbüro, die Nomenklatur und ähnliche Dinge.

Eine zentrale Rolle bei dieser Umformung spielte nun selbstverständlich nicht nur die Veränderung der Strukturen von Politik und Ideologie, sondern auch

die des Personals, das diese Politik durchführte. Und dies wurde nun im wesentlichen durch Säuberungen erreicht.

Drittens – Säuberungen: Zuerst wurde die Parität abgeschafft, dann übernahmen die Kommunisten die Macht. Das geht zum Beispiel daraus hervor, daß von den 1946 in den Parteivorstand gewählten 40 Sozialdemokraten fünf Jahre später nur noch eine Handvoll dort vertreten war. Sechs von ihnen waren verhaftet, neun weitere nach Westdeutschland geflüchtet. Das heißt, durch das Herausdrängen von „feindlichen und entarteten Elementen“- so hieß es in einem Beschluß vom Juli 1948; dieser Jargon machte schon deutlich, wie man vorzugehen gedachte – wollten die Kommunisten – gewissermaßen nach dem Florinschen Konzept – die Partei in die Hand bekommen. Das gelang ihnen auch im wesentlichen.

Der „Kurt-Schumacher-Kreis“ hat registriert, daß seinerzeit 20.000 ehemalige Sozialdemokraten ihren Arbeitsplatz verloren, 100.000 in den Westen flüchteten und 5.000 eingesperrt wurden, von denen 400 ums Leben kamen.

Die Säuberungen waren damit nicht abgeschlossen, sondern sie begannen eigentlich erst. Sie griffen auch auf die Altkommunisten über. Es war so, daß zunächst die ehemaligen Oppositionsgruppen ausgeschaltet wurden – also die Rechtskommunisten (KPO), die SAP und alle Splittergruppen dieser Art.

Ich darf hier vielleicht ein Beispiel anführen, um zu zeigen, wie sich das in der Realität abspielte. Der ehemalige preußische Landtagsabgeordnete Alfred Schmidt war wegen seiner kommunistischen Aktivitäten bereits in der Weimarer Republik zwei Jahre lang inhaftiert gewesen. Er hatte wegen seiner Tätigkeit für die KPO – er war der einzige Abgeordnete dieser Partei im Preußischen Landtag – vier Jahre in einem NS-Zuchthaus gesessen. 1947 wurde er wegen „antisowjetischer Einstellung“ aus der SED ausgeschlossen und am 6. Juli 1948 von sowjetischer Militärpolizei verhaftet. Anschließend wurde er von einem Sowjetischen Militärtribunal wegen „antisowjetischer Propaganda“ zum Tode verurteilt. Die Strafe wurde später in 25 Jahre Arbeitslager umgewandelt; davon hat er acht Jahre in Bautzen verbüßt. Schmidt war zwar Kommunist geblieben. Sein Verbrechen bestand aber darin, die praktische Politik der Kommunisten zu kritisieren. Dadurch zeigte sich, daß sich die Säuberungen eben nicht nur gegen Sozialdemokraten, sondern auch gegen diejenigen in der Partei richteten, welche die praktische Politik der Führung nicht mittragen wollten.

Am 17. Oktober 1949 beschloß das „Kleine Sekretariat“ des Politbüros eine Überprüfung aller Parteifunktionäre, die entweder in westlicher Emigration waren oder sich länger als drei Monate in westlicher Gefangenschaft befanden. Einen Tag später entschied das Politbüro, alle Mitarbeiter des Berliner Rundfunks, die in englischer Emigration gewesen waren, zu entlassen.

Damit will ich aufzeigen, wie sich das ausdehnte. Zunächst ging es gewisser-

maßen gegen den Feind, also die Sozialdemokraten. Dann ging man gegen Abweichler in den eigenen Reihen vor. Anschließend kamen völlig neue Kriterien dazu. Das heißt, wer in westlicher Kriegsgefangenschaft war, konnte schon nicht mehr bestimmte Funktionen ausüben.

Besonders nach dem Schauprozeß mit Todesurteilen gegen Rajk und andere führende Kommunisten im September 1949 in Budapest wurden die Säuberungen forciert. Das „Kleine Sekretariat“ des Politbüros beschloß am 21. Oktober, die „feindliche Agententätigkeit in Partei und Staatsapparat“ ebenso zu enthüllen wie den „Objektivismus“ als „Waffe der feindlichen Agenturen“.

Dahinter verbirgt sich folgendes: Jeder Versuch, sich objektiv zu orientieren, stellt schon eine feindliche Haltung dar und wird als solche verfolgt. Der Intoleranz und Schnüffelei in der SED waren nun Tür und Tor geöffnet. Die für die Unterdrückung und Verfolgung der Bevölkerung verantwortliche SED – das ist also das Entscheidende – hat auch innerparteilich mit den gleichen Methoden gearbeitet.

Die Kenntnis von den Schauprozessen gegen kommunistische Spitzenfunktionäre, wie Stalin sie in den dreißiger Jahren in Moskau durchführen ließ – weitere folgten dann 1949 in Ungarn und Bulgarien –, hatte natürlich auch in erster Linie den Zweck, Angst zu erwecken. Da ehemals führende Kommunisten, die absurde Geständnisse ablegten, hingerichtet wurden, konnte sich der kleine Mann erst recht vorstellen, was ihm passieren und wie schutzlos er sein würde, wenn er in die Hände dieser Verfolger geriet. Insbesondere aber sollten diese Schauprozesse die Parteimitgliedschaft in Angst versetzen. Sie sollte Angst vor den Folgen von Abweichungen haben. Zwischen den einzelnen Mitgliedern sollte Unsicherheit und Mißtrauen gesät werden. Dies war ein Mittel, mit dem die Führung arbeitete.

Aus den derzeit zugänglichen, aber noch immer unvollständigen Quellen kann inzwischen bewiesen werden, daß Schritt für Schritt auch in der DDR ein solcher stalinistischer Schauprozeß gegen führende Kommunisten vorbereitet wurde. Ich kann hier aber auf Einzelheiten nicht eingehen.

Die SED hat später behauptet: „Bei uns gab es keinen derartigen Schauprozeß.“ Das war eine reine Schutzbehauptung. Der 2. Vorsitzende der westdeutschen KPD, Kurt Müller, wurde verhaftet, und es gab Vorbereitungen für den Ausschluß der Gruppe um Paul Merker sowie anderer. Das zeigt ganz deutlich, daß im Juli/August 1950 ein solcher Schauprozeß vorbereitet wurde.

Auf der ZK-Tagung am 24. August 1950 wurden bemerkenswerterweise die für einen Schauprozeß typischen Anschuldigungen bereits konstruiert. Frühere „Sünden“ sollten in „Verbrechen“ umgemünzt werden. Es war Mielke – er hatte kurz vorher auch Kurt Müller verhört –, der auf dieser Sitzung – das Protokoll ist natürlich erst jetzt zugänglich – folgendes sagte:

„Mir scheint, daß es hier nicht richtig ist, wenn man die Dinge von damals von den Dingen trennt, die heute sind. Vielleicht befinde ich mich im Irrtum. Aber ich glaube, daß es notwendig ist, daß auch wir in dieser Frage gründlich untersuchen müssen, um daraus Schlußfolgerungen für uns alle zu ziehen. Es sind ja auch schon von den Organen der Sicherheit eine Reihe von Menschen festgenommen worden, die unmittelbar damit in Verbindung standen: Trotzlisten, Diversanten und Mörder. Man kann diese Dinge nicht trennen.“

Das heißt also, hier wird so vorgegangen, wie es bereits in der Entschließung des III. Parteitags gefordert wurde, nämlich den „Kampf gegen Spione und Agenten“ aufzunehmen. Es war klar, daß die SED so umgewandelt werden sollte, daß im wesentlichen Mechanismen des Drucks und Terrors neben der ideologischen Begründung zur Anwendung kamen.

Viertens: Wie hat sich das in bezug auf die Funktion im Parteiensystem ausgewirkt? Die Quellen zeigen, daß man auch auf diesem Felde sehr viel früher als 1949 tätig wurde. Die SED beanspruchte die Führung im Staat. Das wurde bereits zwischen 1947 und 1949 erklärt.

Selbstverständlich verschleierten die Kommunisten zunächst nach außen hin ihre Ziele. Auf dem Gründungsparteitag der SED hatte Wilhelm Pieck versichert, die neue Partei werde keineswegs die „Diktatur des Einparteiensystems aufrichten“. Auf dem II. Parteitag der SED im September 1947 wurde in einer Entschließung behauptet: „Entgegen allen Verdächtigungen lehnt die SED jede Alleinherrschaft ab.“

Solange die Deutschlandpolitik der Sowjetunion eine gesamtdeutsche Variante berücksichtigte, blieben aus internationalen Gründen ihre konkreten Pläne in der SBZ noch verborgen. Insofern gingen die deutschen Kommunisten nach außen hin ebenfalls diesen „demokratischen Weg der Einheit“.

Der Führungsanspruch ist aber nachzuweisen. Auf der 2. Tagung des Parteivorstands der SED am 14./15. Mai 1946 – das war wenige Tage nach der Gründung der Partei – sagte Franz Dahlem, einer der damaligen Führer, der SED als „staatsaufbauender Partei“ gehöre „als Partei der Arbeiterklasse die Führung beim demokratischen Neuaufbau Deutschlands auf allen Gebieten: in der Politik, der Selbstverwaltung, der Wirtschaft und in der kulturellen Entwicklung des Landes.“ – Das genau ist die These, die dann später auch nach außen hin vertreten wurde.

Wie sich die SED bei der Durchsetzung ihres Hegemonieanspruchs im Parteiensystem der Säuberungen bediente, ist in einem Beschluß des „Kleinen Sekretariats“ des Politbüros vom 27. Februar 1950 nachzulesen. Darin wird ganz genau beschrieben – das ist inzwischen auch in bezug auf andere Prozesse nachgewiesen –, daß die SED-Führung der Justiz sagte, wie der Schauprozeß gegen den Sozialdemokraten Willi Brundert und den Christdemokraten Leo Herwegen zu führen sei. Dieser Prozeß wurde dann zwei Monate

später genauso geführt, wie es die SED wollte. Der Zeit wegen will ich dazu aber keine Einzelheiten vortragen. Aber man kann sagen, daß vom „Kleinen Sekretariat“ des Politbüros – es wurde von Ulbricht geleitet – regelrecht ein Konzept des Prozesses entwickelt wurde.

Die SED war also zur herrschenden Partei im Staatsapparat geworden. Sie bestimmte überall. Also befand sie auch in der Justiz diktatorisch über die Form der politischen Verfolgungen. Damit setzte sie eine Politik fort, die bereits sehr viel früher durchgeführt wurde. Es ist interessant, daß sich aus dem Nachlaß Ulbrichts folgendes ergibt: Am 27. Mai 1946 teilte er in denunziatorischer Absicht dem zuständigen sowjetischen General Bokow mit, der persönliche Referent von Dr. Schiffer – das war der damalige Präsident der Zentralverwaltung für Justiz, ein Liberaldemokrat, der schon in der Weimarer Republik Reichsminister war – arbeite „sehr eng mit französischen Stellen“ zusammen. Außerdem habe dieser früher der sozialdemokratischen „Miles-Gruppe Neu Beginnen angehört“, die „im englischen Auftrag in Deutschland gearbeitet hat.“- Auf diesem Weg versuchte Ulbricht also schon 1946, über die Sowjetische Militäradministration, die ja damals die volle Macht hatte, mißliebige Personen herauszudrängen.

Am Ende der Stalinisierung dirigierte die SED die gesamte Personalpolitik. In einem Protokoll der Politbürositzung vom 31. Januar 1950 – das sage ich nur als Beispiel – heißt es:

„Der Liste der Mitglieder des Nationalrates wird zugestimmt mit der Maßgabe, sie dahingehend zu ändern bzw. zu ergänzen, daß die ersten Sekretäre der Landesvorstände der SED dem Nationalrat angehören.“

Dies verband das Politbüro mit der Forderung, die SED müsse in ganz Deutschland ihre Vorstellungen durchsetzen. Auch das hatte im Januar 1947 Franz Dahlem im engen Kreis vor westdeutschen KPD-Funktionären ähnlich ausgedrückt. Er sagte damals auch, Westdeutschland sei eine Kolonie. Weiter erklärte er, ein „Neuaufbau Deutschlands in freiheitlichem und friedlichem Sinne“ sei nur dann garantiert, wenn er „durchgeführt wird wie in der Ostzone.“

Allerdings konnte die SED diesen gesamtdeutschen Anspruch zu keiner Zeit realisieren. Gerade hier zeigt sich, daß der Aufbau der SED-Diktatur nach dem Krieg durch einen singulären Vorgang – die Zusammenarbeit einer allmächtigen Besatzungsmacht mit den ihr eng verbundenen Kommunisten – erreicht wurde. Die Umwandlung der SED zur „Partei neuen Typus“ bildete dafür jedoch eine wichtige Voraussetzung. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ganz herzlichen Dank auch Ihnen, Herr Professor Weber.- Ich bitte jetzt Herrn Professor Fischer, sein Referat zu halten. Darin geht es um den Einfluß der SMAD auf das Parteiensystem in der SBZ am Beispiel der CDU.